

<http://www.egon-w-kreutzer.de/0Pad2009/27.html>

Kommentare zum Zeitgeschehen
von Egon W. Kreutzer

Paukenschlag am Donnerstag No. 27/2009 vom 9. Juli 2009

Bundestagswahl

Am 27. September wählen die Wahlberechtigten einen neuen Bundestag.

Es gibt Direktwähler, die sich per Briefwahl oder Urnengang direkt an der Wahl beteiligen und dabei gültige Stimmzettel abgeben, und es gibt Indirektwähler, die dadurch, dass sie nicht wählen gehen oder ungültige Stimmzettel abgeben, das Votum der Direktwähler unterstützen, weil die Zahl der Abgeordneten im Großen und Ganzen feststeht*) und die Sitze nach den Verhältnissen der Zweitstimmen unter denjenigen Parteien verteilt werden, die es geschafft haben, mehr als 5 % der gültigen Stimmen zu ergattern.

Ein explizites Abwählen, also die Abgabe "negativer" Stimmen, gegen eine Partei oder gegen einen Kandidaten ist in unserem Wahlrecht nicht vorgesehen. Vielleicht wäre damit ein Mittel gegen die zunehmende Wahlmütigkeit zu schaffen...

So jedoch sehen wir Wahlberechtigten uns erneut einer Phalanx von 55 Parteien**) gegenüber, die alle um unsere Zweitstimme buhlen - aber wir können nur einer einzigen davon unsere eine und einzige Zweitstimme geben.

Die Möglichkeit, ganz gezielt eine Koalition zu wählen, haben wir nicht. Obwohl auch dies dazu beitragen könnte, die Wahlmüdigkeit zu beenden. Ein zusätzliches Votum, mit dem der Wähler bestimmt, mit welcher Partei der Wahlsieger koalieren muss, hätte zum Beispiel zur Folge, dass bei mehrheitlichem Wählervotum dafür, dass die CDU eine Koalition mit der FDP eingehen muss, zwar eine CDU-CSU-FDP-Grüne-Koalition möglich wäre, eine CDU-CSU-Grüne-Koalition jedoch nicht, selbst wenn damit die absolute Mehrheit der Stimmen schon erreicht wäre.

**Wem also soll man seine eine, einzige Zweitstimme geben?
Wie kann man mit dieser einen, einzigen Stimme optimal umgehen?**

Betrachten wir uns die Ausgangslage:

Es gibt exakt zwei Parteien, von denen mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden kann, dass sie im 17. Deutschen Bundestag vertreten sein werden. Es sind dies die CDU und SPD.

Es gibt weitere vier Parteien, deren Einzug in den Bundestag wahrscheinlich ist. Es sind dies die CSU, Bündnis 90/Die Grünen, die Linke und die FDP.

Daneben gibt es weitere 49 Parteien**) die zur Wahl antreten. Das Gesamtergebnis dieser 49 Parteien wird am Wahlabend als "Sonstige" bezeichnet und für die Sitzverteilung im Bundestag nicht relevant sein. Keine dieser Parteien hat sich im Vorfeld der Wahl so profiliert, dass ernsthaft mit dem Überspringen der 5%-Hürde gerechnet werden könnte.

Wer als Wahlberechtigter Einfluss auf die Sitzverteilung nehmen und damit wenigstens ansatzweise die politische Richtung für die nächsten vier Jahre mitbestimmen will, wird - wenn auch mancher schweren Herzens - eine jener sechs Parteien wählen müssen, die am Ende auch im Bundestag vertreten sein werden.

Weil wir, wie bereits festgestellt, weder abwählen, noch Koalitionen bestimmen können, erhebt sich für den mündigen Wähler über allen Wahlplakaten, Fähnchen, Kugelschreibern und Postwurfwahlversprechen nur eine einzige, wahlrelevante Frage:

Welche politische Richtung will ich stärken?

CDU und SPD sitzen miteinander bewegungslos im Sumpf der Mitte fest und basteln mit ihrer Mehrheit am Grundgesetz herum. Da beide Parteien mit Sicherheit wieder in den Bundestag einziehen werden, mit ebensolcher Sicherheit aber keine der beiden die absolute Mehrheit erreichen wird, ist jede Stimme für die CDU oder die SPD zunächst einmal eine Stimme für die Fortführung der großen Koalition. Es kann also festgehalten werden:

Wer CDU oder SPD wählt, wählt die Fortsetzung der Regierung Merkel.

Wer sich nichts dringlicher wünscht, als das Ende der großen Koalition, weil ihm die Politik der großen Koalition nicht passt und/oder er Sehnsucht nach einer mächtigeren Opposition hat, darf also nicht CDU oder SPD wählen, sondern diejenige Partei, von der er sich wünscht, dass sie, bei ausreichend vielen Sitzen im Bundestag, die große Koalition sprengen könnte.

Zu einer Änderung der politischen Grundausrichtung trägt folglich nur bei, wer sich für FDP, Grüne oder Linke entscheidet.

(Die Sonderrolle der CSU kommt am Ende dieses Aufsatzes noch kurz zur Sprache.)

Dabei ergeben sich tendenziell die nachstehenden Regierungskoalitionen:

1. CDU hat die Mehrheit der Sitze im Bundestag (wahrscheinlich)

Stimmenzuwachs für die FDP - Westerwelles Wünsche werden wahr.

Stimmenzuwachs für die Grünen - ein schwarz-grünes Bündnis wird möglich.

Stimmenzuwachs verteilt auf FDP und Grüne - Jamaika winkt.

Stimmenzuwachs für die Linke - **die große Koalition wird fortgeführt (!)**.

Bei CDU-Dominanz im Bundestag sind also zwei Ergebnisse möglich, die jeweils zu einer Verschärfung und Ausweitung der neoliberalen Politik führen weil die FDP in die Regierung eintritt, und zwei Ergebnisse, bei denen der neoliberal-konservative Grundton beibehalten wird - unverändert mit der SPD oder mit einem leichten Abweichen in Richtung Ökologie, wenn es für eine schwarz-grüne Regierung reichen sollte.

2. SPD hat die Mehrheit der Sitze im Bundestag (wenig wahrscheinlich)

Stimmenzuwachs für die FDP - **die große Koalition wird fortgesetzt**

Stimmenzuwachs für die Grünen - ein rot-grünes Bündnis wird möglich.

Stimmenzuwachs für FDP und Grüne - **die große Koalition wird fortgesetzt.**

Stimmenzuwachs für die Linke - **die große Koalition wird fortgeführt.**

Bei SPD-Dominanz kommt es zu drei möglichen Ergebnissen, die zu einer Beibehaltung der großen Koalition führen und zu einem Ergebnis, dass die Neuaufgabe der rot-grünen Koalition ermöglicht.

3. Eine große Koalition ist nicht möglich

Diese Situation kann eintreten, wenn hinreichend viele Wähler erkennen, dass jede Stimme für CDU oder SPD eine Stimme für die große Koalition ist, sodass beide gemeinsam (auch mit der CSU) unterhalb der absoluten Mehrheit bleiben.

Nur unter dieser Bedingung werden die Bewegungen an den Flügeln der deutschen Demokratie auch zu wirklich erkennbaren Veränderungen der Politik führen, weil der bequeme Ausweg der beiden großen Parteien, Forderungen der kleineren potentiellen Koalitionspartner mit dem Hinweis: "Wir brauchen euch ja nicht wirklich", abzuschmettern und sich in die Fortsetzung der großen Koalition zu flüchten, nicht mehr offen steht.

Wenn in dieser Konstellation FDP und CDU zusammengehen, bestimmt die FDP den Kurs maßgeblich mit. Sollten CDU und Grüne zusammengehen, wird es erhebliche Veränderungen im Umweltbewusstsein der CDU geben müssen. Muss gar eine Jamaika-Koalition zusammenrücken, sind die Inhalte der Koalitionsvereinbarung vollkommen unvorhersehbar.

Für die SPD wird es weder allein mit den Grünen, noch alleine mit der Linken reichen - und die FDP wird sich der SPD verweigern. Das bedeutet in letzter Konsequenz:

Nur wenn SPD, Grüne und Linke gemeinsam eine Mehrheit haben, kann es eine SPD-geführte Regierung geben.

Eine Regierung, bei der die SPD ein gutes Stück sozialdemokratischer werden wird, als derzeit, und eine Linke, die ein gutes Stück sozialdemokratischer sein wird, als derzeit. Beide, SPD und Linke werden dabei die ökologischen Ansprüche der Grünen recht gerne und weitgehend in den Koalitionsvertrag aufnehmen.

Aus meiner Sicht der bestmögliche Ausgang der Wahl.

Und für jeden einzelnen Wahlberechtigten gibt es nur einen einzigen Weg, der dahin führt, denn:

- Jede Stimme für die CDU ist eine Stimme für die große Koalition.
- Jede Stimme für die SPD ist eine Stimme für die große Koalition.
- Jede Stimme für die FDP mindert die Chance einer SPD-geführte Regierung.

- Jede Stimme für die Grünen erhöht die Chance für schwarz-grün oder Jamaica

aber

- **Jede Stimme für die Linke erhöht die Chance für rot-rot-grün.**

...und rot-rot-grün ist die einzige Koalition, bei der es wirklich zu einer spürbaren Veränderung der derzeitigen Politik käme.

Alle übrigen Konstellationen bedeuten, dass die CDU eine Koalition anführt und dabei ihr "Weiter so!" (ggfs. verschärft durch die FDP, ggfs. ökologisch verziert durch die Grünen) in der nächsten Legislaturperiode ausleben darf.

Denken Sie mal drüber nach.

Die Sonderrolle der CSU

Eigentlich handelt es sich nicht um die Sonderrolle der CSU, sondern um Sonderrolle Bayerns. Wer CSU wählt, wählt zwar auch die große Koalition, insofern kein Unterschied, aber wer in Bayern SPD, FDP, Grüne oder Linke wählt, schwächt die CSU - und die CSU muss alleine in Bayern fünf Prozent der bundesweiten Wählerstimmen erhalten, wenn sie in den Bundestag einziehen will! Das wird von Wahl zu Wahl schwieriger.

Wer also bewusst in Bayern eine andere Partei als die CSU wählt, der trägt gleich doppelt zu den Chancen für eine rot-rot-grüne Regierung bei.

Fazit:

Wer die bisherige Politik beibehalten und ggfs. noch schärfer und konsequenter erleben möchte, der mag getrost CDU, CSU, SPD, FDP oder Grüne wählen. Jede Stimme für eine dieser Parteien macht die Chance einer neuen, CDU-geführten Koalition wahrscheinlicher.

Wer eine Änderung der bisherigen Politik, hin zu mehr Sozialstaat und mehr Ökologie, zu weniger Kriegseinsatz und weniger EU-Dominanz wünscht, der kann eigentlich nur die Linke wählen.

Denn die SPD wird bei dieser Wahl eher unter als über der 30%-Marke landen; die Grünen werden ein durchschnittliches Grünen-Ergebnis, rund um die 10%-Marke einfahren, was heißt, dass die Linke bundesweit auf deutlich mehr als 10% kommen muss, wenn die Konstellation rot-rot-grün eine bessere Chance haben soll als die Konstellation schwarz-gelb-grün.

Nur zur Erinnerung:

Ausschlaggebend für die Zusammensetzung des Bundestages ist die Zweitstimme.

Mit der Erststimme kann im Grunde jeder wählen, wen er will. An den Machtverhältnissen im Bundestag ändert das normalerweise nichts. Weil jedoch unter glücklichen Umständen auch ein Überhangmandat für die SPD dabei herauskommen könnte, passt die Erststimme für den SPD-Kandidaten in jedem Wahlkreis sehr gut zur Zweitstimme für die Linke.

Mal abgesehen von jenen Wahlkreisen in den neuen Bundesländern (einschl. Saarland), in denen der Wahlkreiskandidat der Linken eine reelle Chance hat, das Direktmandat zu gewinnen.

*) von Überhang- und Ausgleichsmandaten abgesehen

**) Werfen Sie ruhig auch einen Blick auf jene 49 Parteien, die außer den bisher genannten ebenfalls zur Wahl antreten. Darunter sind sicherlich viele, die mit guten Ideen und Programme aufwarten, also vom Inhalt her durchaus wählbar wären - nach meiner Einschätzung aber keine realistische Chance haben, am 27. September 2009 die 5%-Hürde zu überwinden.

ADM – Allianz der Mitte

APPD – Anarchistische Pogo-Partei Deutschlands

AVR – Auch wir sind das Volk: Die Rentner

BDG – Bündnis der Generationen

BP – Bayernpartei

BPA – Die Bürgerpartei für „alle“ – Damit wir „alle“ etwas bewegen! In Politik und Wirtschaft.

BPD – Bürger Partei Deutschland

BüSo – Bürgerrechtsbewegung Solidarität

CDXL – Center Demokraten; Wir sind das Volk – Wir stehn im Mittelpunkt

CM – Christliche Mitte – Für ein Deutschland nach Gottes Geboten

D-BÜ – Demokratische Bürgerbewegung!

DD – Demokratie-DD-Deutschland

D.D.B.P. – Deutsche Demokratische Bürger Partei

DIE FREIEN – Deutschlands Freie Wähler

DIE GRAUEN – Die Grauen – Generationspartei

Die PARTEI – Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative

Die Tierschutzpartei – Mensch Umwelt Tierschutz

DIE VIOLETTEN – Die Violetten – für spirituelle Politik

DKP – Deutsche Kommunistische Partei

DVD – Demokratische Volkspartei Deutschland

ESBAP – Europäische Soziale Bürger Arbeiter Partei

FAMILIE – Familien-Partei Deutschlands

FBU – Freie Bürger Union

(keine Kurzbezeichnung) – Freie Union

FW – Freie Wähler Niedersachsen – Bürgerinitiativen, Bürgerlisten und unabhängige Wählergemeinschaften

FWD – Freie Wähler Deutschland
FWG Die Freie – Freie Wähler Gemeinschaft – Unabhängige Gruppe Deutschland Partei
Union Vereinigung
GFP – Global Future Party
HEIDE – Heimat Deutschland
HUMANWIRTSCHAFT – Humanwirtschaftspartei
MLPD – Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands
ödp – Ökologisch-Demokratische Partei
PASS – Partei der Arbeitswilligen und Sozial Schwachen – Antidiskriminierungsverband
PBC – Partei Bibeltreuer Christen
Pi – Partei-Interim
PIRATEN – Piratenpartei Deutschland
POP – Pogo-Partei
PRSG – Partei für Recht und Soziale Gerechtigkeit
PSG – Partei für Soziale Gleichheit, Sektion der Vierten Internationale
RAUCHERPARTEI – Raucherpartei Deutschland
RENTNER – Rentner-Partei-Deutschland
REP – Die Republikaner
RRP – Rentnerinnen und Rentner Partei
SAG – Soziale Alternative für Gerechtigkeit
TP – Tempelhof-Partei – Direkte Demokratie findet jetzt statt!
ÜPD – „ÜberPartei“ Deutschlands
ULPD – Unabhängige Liberale Partei Deutschlands
Volksabstimmung – Ab jetzt...Bündnis für Deutschland, für Demokratie durch Volksabstimmung
ZENTRUM – Deutsche Zentrumspartei – Älteste Partei Deutschlands gegründet 1870